

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

64 (6.3.1902) Badischer Landtag. Sitzungsbericht aus der Zweiten
Kammer. 46. öffentliche Sitzung

Badischer Landtag.

Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer.

46. öffentliche Sitzung

am Dienstag den 4. März 1902.

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Staatsrath Freiherr v. Dusch und Ministerialrath Dr. Böhm.

Präsident Gönner eröffnet die Sitzung um 9¹/₄ Uhr.

Der Sekretär verliest neue Einläufe.

Abg. Oskircher berichtet namens der Kommission über das Budget des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Budgetjahre 1902 und 1903 — Titel X der Ausgabe: Unterrichtswesen, I. Hochschulen —

Die Hochschulen sind die Pflanzstätten der Wissenschaften in all' ihren weit verzweigten Arten und Unterarten. Kein Gegenstand menschlichen Wissens und Könnens, der nicht unmittelbar oder mittelbar durch die Arbeit an den Hochschulen gefördert wird und daraus Vortheil zieht. Die Hochschulkultur, ehe dem vielfach lediglich um ihrer selbst willen getrieben, fern und fremd dem praktischen Leben und seinen Bedürfnissen, ist in's Volk gedrungen. Die Professoren sind herabgestiegen von den hohen Stühlen, auf denen sie einer kleinen Schar ausserlesener junger Männer die Früchte ihrer Gedankenarbeit vortragen. Sie haben Fühlung gesucht und gefunden mit dem größeren Kreise von Männern und Frauen und mit dem, was diesen frommt. Die Wissenschaft ist mehr und mehr nutzbar geworden den Erwerb treibenden Ständen. Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie empfangen von ihr fort und fort fruchtbarste Anregung zur Besserung der Existenzbedingungen, zur größeren Ausnutzung der Rohmaterialien, zur Erleichterung der Arbeitsweise, zur besseren Schonung menschlicher Arbeitskräfte. Aber auch dem stets wachsenden Bildungsbedürfnisse weiterer Schichten wird von Seiten der Hochschulen entgegengekommen. In populären Schriften, in zahlreichen Vorträgen und Experimenten, öffentlich und in Vereinen und Veranstaltungen der verschiedensten Art wird das Ergebniß wissenschaftlicher Studien und Versuche den Verbesserten aller Klassen des Volkes nahe gebracht. Die Grundlage zum Weiterausdenken des Gehörten und Gesehenen wird gegeben und führt zu schönster Ausgestaltung durch Hebung des Geisteslebens, durch Veredelung der Sitten, der ganzen Denkweise. Die Bekanntschaft mit den Bedingungen und Erfordernissen des Erwerbslebens kommt aber auch der wissenschaftlichen Arbeit selbst wieder zu gut, indem sie daraus vielfache

Anregungen schöpft und ihr neue Jünger zugeführt werden. Indem also die Wissenschaft herabgestiegen ist in's Volk, ist sie nicht minder ehrwürdig, nicht minder schätzenswerth geworden, im Gegentheil, wie sie verständlicher und nutzbarer wurde, ohne darum an Tiefe einzubüßen, so ist ihr Ansehen im ganzen Volke gestärkt und gehoben. So kommt es denn auch, daß unsere drei badischen Hochschulen sich der besonderen Gunst der Bevölkerung erfreuen, und daß Regierung und Volksvertretung mit freigebiger Hand dafür sorgen, daß sie sich immer weiter ausbauen können. Besonderen Dank schulden wir dem hochverdienten Manne, der 20 Jahre an der Spitze der Unterrichtsverwaltung gestanden und seine ganze Kraft der Förderung unserer Hochschulen zuwandte. Diefem Danke auch hier in diesem hohen Hause Ausdruck zu geben, halte ich für meine Ehrenpflicht.

Der staatliche Aufwand für die drei Landeshochschulen ist auch dieses Mal wieder nicht unerheblich höher eingestelt, als im letzten Budget. Die Steigerung beträgt im ordentlichen Etat für die Universität Heidelberg 45 070 M., für die Universität Freiburg 50 740 M. und für die Technische Hochschule in Karlsruhe 22 730 M., insgesamt also 118 540 M., der Gesamtaufwand im ordentlichen Etat 1 973 360 M. für ein Jahr. Der Aufwand hatte sich in der Budgetperiode 1892/93 belaufen für die Universität Heidelberg auf 704 206 M., für die Universität Freiburg auf 471 952 M., für die Technische Hochschule in Karlsruhe auf 278 770 M., insgesamt also auf 1 454 928 M. für ein Jahr, somit 518 432 M. weniger als jetzt.

Die Steigerung des Aufwands betrug in den letzten 10 Jahren 518 432 M., was einer Steigerung von 36 Proz. gleichkommt, die zum Theil auf die Steigerung der Frequenz unserer Hochschulen (in den letzten 10 Jahren 70 Proz.), zum Theil aber auch auf die Nothwendigkeit, mit dem Fortschreiten der Wissenschaft neue Lehrstellen, neue Institute zu gründen und zum Theil schließlich auch auf die gestiegenen Heizungs- und Beleuchtungspreise zurückzuführen ist.

Zu den vorgeschlagenen Gehaltserhöhungen bemerkt der Bericht:

Nachdem in der Kommission vorgetragen war, die Gehalte der ordentlichen Professoren seien an der Universität Freiburg im Durchschnitt erheblich niedriger, als an derjenigen zu Heidelberg und an der Technischen Hochschule, und müsse daher, wie das in den letzten Budgetperioden geschehen, eine allmählich raschere Steigerung durch Gehaltserhöhungen für Freiburg angestrebt

902.

Regierung
Allgemeinheit
das vierte
Leggeberische

ist, da sie
lern erhalte.

298 gegen

ffion unter-
von sechs
600 Francs
on zwei bis
mission
nungser.

Kammer, die
es Jahre zu
ihre Partei-
logalistiche
Es sei nun-
zu nichte zu
achtung auf-
ährige Man-
Die tonser-
Bechluss als
r zu kürzen.
Besehe keine
e und repu-
gerung eine
eine tiefere
den Regimes
ren werde.
eschluß, der
, noch dem
es für sicher,

n des Ver-
im Jahre
jahre. Im
1899 auf
ahr brachte
wanderen,
ersonen auf
die Zahl
Jahre her-
hat. Die-
der letzten
ritische
lutterland
betrug im
ist zu be-
nderungs-
ehrt hat,
rlandische
bevorzugte
n Sta a-
und etwa
n. Unter
theil der
1901 auf
endigung
ung der
Aus die-
Jahre für
ziehungs-

März.

ch a I I s
erals
treffende
chtigstel-
n. Das
Vorsth
onstanti-
je Quad
elche in
ist des
estungs-
e, einem
. Di-
land des
wurde
erbannt.

werden, erbat und erhielt die Kommission eine hierauf bezügliche Mittheilung seitens der Großh. Regierung.

Aus dieser ergibt sich, daß thatsächlich die Durchschnittsgehälter sowohl der ordentlichen als der etatmäßigen außerordentlichen Professoren in Freiburg zur Zeit noch geringer sind, als an den beiden anderen Hochschulen, daß aber dennoch aus zufälligen Gründen für Freiburg zu Zwecken der Gehaltserhöhung in den Jahren 1902/1903 die angeforderten im Vergleich mit Heidelberg allerdings geringeren Beträge ausreichend erscheinen. Die Festsetzung der Gehälter der ordentlichen Professoren insbesondere richtete sich im wesentlichen darnach, welche Gehaltsansprüche die neu berufenen Professoren machten, oder welche Zugeständnisse hinsichtlich des Gehalts den an unseren Hochschulen wirkenden Professoren gemacht werden mußten, wenn die Regierung dieselben bei einem Rufe an eine außerbadische Hochschule dem Lande erhalten wollte. Abgesehen von den hierdurch in jedem Jahre nothwendig werdenden Gehaltserhöhungen erscheine die Gewährung periodischer Zulagen an Professoren, die sich in geringeren Bezügen befinden, wünschenswerth, um einigermaßen einen dem Dienstalter der Professoren entsprechenden Ausgleich in den Gehältern herbeiführen zu können.

Die Kommission glaubte eine allmähliche Ausglei- chung der Durchschnittsgehälter zunächst der ordentlichen Professoren an den drei Hochschulen des Landes anstreben zu sollen, und beschloß daher, den für Gehaltserhöhungen an die ordentlichen Professoren in Freiburg vorgesehenen Betrag von 5 000 M. auf 7 000 M. jährlich zu erhöhen. Die Großh. Regierung erhob gegen die Erhöhung dieser Summe und damit auch der ordentlichen Staatsdotations für Freiburg um 2 000 M. jährlich an sich keine Einwendungen, will aber aus formalen Gründen die Bewilligung der Summe erst in dem Budgetnachtrag anfordern, worauf die Kommission von der Vollziehung ihres erwähnten Beschlusses, der schon eine Veränderung der Zahlen im bereits vorliegenden Budget bedingt haben würde, Umgang nahm.

Der Berichterstatter geht dann zu einzelnen speziellen Punkten über. Er weist auf die höher eingestellten Verpflegungskostenbeiträge im Spezialvoranschlag der Universitätskassen hin, und begrüßt es weiter, daß in Heidelberg für den dortigen Vertreter der Laryngologie eine außerordentliche Professur geschaffen wurde. Die Stelle eines Ordinarius für die Landwirtschaftslehre in Heidelberg soll nach Zeitungsnachrichten nicht mehr neu besetzt werden. Ich würde das bedauern und bitte die Regierung um Auskunft über ihre Absichten in dieser Richtung.

Zum Etat der Universität Freiburg bemerkt der Berichterstatter:

Eine von der Kommission erhobene genauere Darstellung des Vermögens der Universität nach dem Stande vom 1. Januar 1901 und der eigenen Einnahmen daraus besagt:

Der Werth der dem Staate gehörigen Gebäude, welche Universitätszwecken dienen, beläuft sich nach dem Brandversicherungsanschlag auf 1 237 800 M.; der Werth des Grund und Bodens läßt sich nicht angeben, weil die Staatsgebäude in den Darstellungen des Vermögensstandes nur nach ihrer Stückzahl und mit ihrem Brandversicherungsanschlag aufzuführen sind.

Das Stiftungsvermögen der Universität Freiburg beträgt 2 185 128 M. 39 Pf.

Von diesem Vermögensbestandtheilen werfen die Universitätsgebäude keine Rente ab, so daß als rentirendes Stiftungsvermögen bleibt:

2 185 128 M. 39 Pf.
weniger 905 600 „ „ (Universitätsgebäude)
1 279 528 M. 39 Pf.

Wie sich aus dem Etat ergibt, beträgt also der Staatszuschuß in dem Etat der Hochschule gegenüber den Einnahmen aus dem Stiftungsvermögen einen großen Prozentsatz der Einnahmen.

Zum Etat der Technischen Hochschule in Karlsruhe theilt der Berichterstatter mit, daß das Gelände der alten Dragonerkaserne für die Hochschule zum Theil erworben werden sollte zum Preis von 30 M. für den qm.

Redner richtet dann noch einige Fragen als Abgeordneter an die Regierung.

Die erste Frage betrifft alle Hochschulen. Es ist mehrfach die Rede gewesen von einer „Ausländerfrage“ an unsern Hochschulen, in dem Sinne, daß sie zu stark an Zahl sind, daß sie insbesondere in den Instituten zu viel Platz wegnehmen, die Interessen der einheimischen Studenten beeinträchtigen. Ich kann nicht beurtheilen, ob irgendwelche Mängel hier wirklich hervorgerufen sind, ob irgendwelche Maßnahmen nothwendig sind. Nach meiner persönlichen Meinung wäre es zu beklagen, wenn Maßnahmen ergriffen werden müßten, um den Besuch der Hochschulen durch die Ausländer einzuschränken. Zur Steigerung des Ansehens des Deutschen Reiches im Auslande trägt die Verbreitung deutscher Kultur im Auslande nicht unerheblich bei: nicht bloß durch das Hinübergehen von Deutschen in das Ausland, sondern auch durch den Besuch deutscher Hochschulen durch die Ausländer. Es würde somit zu einer Beeinträchtigung dieses Ansehens des deutschen Reiches im Auslande führen können, wenn man die Thüren unserer Hochschulen verschließen würde für den Besuch von Ausländern. Es ist schon die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die Ausländer uns die Geheimnisse der Technik ablaufen könnten, daß uns dadurch eine Konkurrenz im Auslande erwachsen könnte. Ich meinerseits glaube, daß die deutsche Art, das deutsche Pflichtgefühl, der deutsche Eifer und Fleiß immer über die ausländische Konkurrenz den Sieg davon tragen werden.

Die zweite Frage betrifft die neuen preussischen Vorschriften über die Vorbildung der Juristen, die hier schon einmal zur Sprache gekommen ist. Die Regierung hat erklärt, daß sie diese Vorschriften nicht ohne weiteres nachahmen werde. Immerhin muß schon heute darüber gesprochen werden, welche möglichen Rückwirkungen die preussischen Einrichtungen auf unsere Hochschulen ausüben könnten. Ich weise hier vor allem hin auf das neu eingeführte preussische Zwischenzeugniß nach den ersten drei Semestern über den Besuch der Vorlesungen und den Erfolg der Studien in diesen ersten Semestern. Dieses Zwischenzeugniß ist von einer noch zu bezeichnenden Stelle in Preußen an gestellt worden. Wenn nun preussische Studenten an außerpreussischen Hochschulen ihre ersten Semester gebracht haben, so könnte das preussische Zwischenzeugniß zu einer Art Kontrolle über die außerpreussischen Hochschulen durch eine preussische Behörde führen. Dieses Zwischenzeugniß wird auch zu einer Beschränkung der Möglichkeit des Besuchs ausländischer Hochschulen führen. Nach dem deutschen Gerichtsverfassungsgesetz müssen zur 3 Semester der juristischen Studienzeit auf deutschen Universitäten zugebracht werden. Durch die Neuordnung eines Zwischenzeugnisses nach den ersten 3 Semestern wird die Möglichkeit des Besuchs von ausländischen Hochschulen in größerem Maße eingeschränkt als nach dem Gerichtsverfassungsgesetz zulässig ist, da naturgemäß ein Besuch ausländischer Universitäten nur in den ersten Semestern möglich ist. Es ist aber auch weiter eine Einschränkung des Besuchs der außerpreussischen Hochschulen durch

preussischen Studenten zu befürchten infolge des in der Begründung der preussischen Regierungsvorlage gemachten Unterschieds zwischen preussischen und nicht-preussischen Hochschulen. Die außerpreussischen Universitäten werden gezwungen sein, ihre Einrichtungen nach preussischem Muster zu treffen.

Die Universität Freiburg hat in dem Tode von Kraus einen schweren Verlust zu beklagen. Es entspricht der Bedeutung dieses Mannes, wenn man ihn bei dieser Beerdigung erwähnt. Er hat eine Stiftung gemacht zu Gunsten der Universität Freiburg und ich möchte nun die Regierung fragen, wie diese Stiftung beschaffen ist, zu welchem Zweck sie gegeben wurde, welche besonderen Bedingungen daran geknüpft sind, und ob die Stiftung angenommen wurde? Nach Zeitungsnachrichten soll die Stiftung für ein Institut für christliche Archäologie bestimmt sein und für einen Lehrstuhl dieser Disziplin. Es wäre von Interesse zu erfahren, ob besondere Bedingungen für die Besetzung dieser Lehrstelle aufgestellt sind, wie dafür gesorgt werden kann, daß diese Bedingungen auch erfüllt werden, und in welcher Weise insbesondere ein Einfluß der Größh. Regierung auf die Besetzung ausgeübt werden kann.

Die vierte Frage betrifft die Irrenfürsorge in Baden. Es ist eine auffällige Erscheinung, daß eine über diese Materie kürzlich erschienene Denkschrift nur abgefaßt ist von den Vorständen der drei badischen Irrenanstalten, mit Ausschluß der Vorstände der Irrenkliniken. Es wird eine einschneidende Organisationsänderung geplant, das Ministerium des Innern gibt darüber eine Denkschrift heraus, ohne daß den Vorständen der Irrenkliniken auch nur Gelegenheit gegeben wird, sich darüber zu äußern! Es wäre eine erprobte Aufgabe für den Herrn Unterrichtsminister, wenn er das Interesse der Hochschulen auch hier wahrn würde. Vor allem wäre die geplante Einschränkung des Aufnahmbezirks der Universitätskliniken sehr nachtheilig für sie, für ihre Lehrthätigkeit besonders im Hinblick auf die neue Examenordnung, die eine besondere Station für die Psychiatrie einführt.

Es wird darüber geklagt, daß die Freiburger Irrenklinik im Nachtheil ist gegenüber der Heidelberger in der Möglichkeit der fürsorglichen Aufnahme von Kranken, wenn die Formalien noch nicht erfüllt sind. In Freiburg muß das klinische Hospital die Kranken, die von der Irrenklinik wegen Nichterfüllung der Formalien noch nicht aufgenommen werden konnten, übernehmen: oft auf mehrere Wochen, bis die Formalien erfüllt sind. Das ergibt für das Krankenhaus, in dem gar nicht die Einrichtungen für solche Kranke vorhanden sind, einen unerwünschten Zuwachs von Kranken, der im Durchschnitt der Jahre 1895 bis 1901 56 betrug. In Heidelberg soll die fürsorgliche Aufnahme in die Irrenklinik auch möglich sein, wenn die Formalien des Gesetzes noch nicht erfüllt sind. Den vorhandenen Mängeln in Freiburg könnte abgeholfen werden, wenn das auch in Freiburg in Zukunft möglich wäre.

Die Budgetkommission stellt den Antrag:
Zu Titel X der Ausgabe: Unterrichtswesen, I. Hochschulen:

- a. die Ausgabe im ordentlichen Etat für das Jahr 1902 mit . . . 1 973 360 M.
für das Jahr 1903 mit . . . 1 973 360 „
also zusammen mit 3 946 720 M.
- b. die Ausgabe im außerordentlichen Etat für beide Budgetjahre zusammen mit . . . 2 517 322 M.
zu genehmigen.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Staatsrath Frhr. v. Dusch: Unter den allgemeinen, interessanten Ausführungen des Herrn Be-

richterstatters hat mich ganz besonders wohlthuend das warme Lob berührt, das er dem hochverdienten Staatsmann, der 20 Jahre lang an der Spitze der Unterrichtsverwaltung gestanden hat, gezollt hat. Dieses Lob hat uns ganz besondere Freude bereitet und auch wir können uns ihm von ganzem Herzen anschließen.

Der Herr Berichtstatter hat bereits darauf hingewiesen, daß wir auch in dieser Budgetperiode die erfreuliche Thatsache konstatiren können, daß Volksvertretung und Regierung einig sind in dem Bestreben, alles für unsere Hochschulen zu thun, was in den Kräften unseres Staates liegt. Was der Staat für die 3 Hochschulen schon geleistet hat, ergibt sich aus den vom Herrn Berichtstatter angeführten Thatsachen. Die Regierung würde in der Anforderung von Mitteln für die Hochschulen gern noch weiter gegangen sein. Sie hat mit großem Bedauern eine Reihe von dringlichen Wünschen zurückstellen müssen, hofft aber, daß im nächsten Budget bei günstigerer Finanzlage noch weiter in der Ausstattung des Budgets unserer Hochschulen gegangen werden kann.

Der Herr Berichtstatter hat dann in seinen speziellen Ausführungen zunächst die Gehaltsverhältnisse der Professoren unserer Hochschulen erörtert. Die Thatsache steht allerdings fest, daß die Gehaltsverhältnisse nicht vollständig gleichmäßige sind. Es ist aber schon mit Recht hervorgehoben worden, daß diese Thatsache Folge der geschichtlichen Entwicklung sowie einzelner Zufälligkeiten ist, daß sie besonders durch die Berufung von Dozenten von auswärtigen Hochschulen und nach auswärtigen Hochschulen, durch den Wunsch, einen Lehrer zu gewinnen oder festzuhalten hervorgerufen wird. Ich kann nur meinerseits die Versicherung abgeben, daß es das Bestreben der Regierung ist, durchaus gleichmäßig und gerecht zu verfahren, nicht etwa eine der Hochschulen hinter der andern zurückzusetzen. Die Regierung hat sich bereit erklärt, noch im Nachtragsetat eine Summe von 2000 M. für Gehaltszulagen für Freiburg einzustellen. Ich kann feststellen, daß, wenn ursprünglich 2000 M. weniger für Freiburg angefordert waren, dies lediglich eine Folge des Umstandes war, daß Berufungen im letzten Sommer einige erhebliche Zulagen für Heidelberg erforderlich gemacht haben. Es ist sehr erfreulich, daß die Kommission einer solchen Anforderung im Nachtragsetat zugestimmt hat, um einen Ausgleich herbeizuführen zu können.

Was speziell die Heidelberger Universität angeht, so kann ich bestätigen, daß im Nachtragsetat eine Summe von etwa 70 000 M. für ein Absonderungshaus des akademischen Krankenhauses eingestellt ist. Das ist eine der Positionen, die im letzten Sommer mit Rücksicht auf die Finanzlage zurückgestellt wurden. Nur dem bedauerlichen Zufall, daß zwei Leprakranke in das Heidelberger Krankenhaus aufgenommen werden mußten, haben wir es zu danken, daß diese Zurückstellung rückgängig gemacht werden konnte.

Der Vertreter der Laryngologie in Heidelberg ist ein auch von der Regierung hochgeschätzter Gelehrter und Praktiker. Ob es sobald gelingen wird, außer der jetzt errichteten neuen etatsmäßigen außerordentlichen Professur auch ein besonderes Institut für diesen Zweig der medizinischen Wissenschaft zu errichten, erscheint zweifelhaft. Die Regierung kann darüber heute eine Erklärung noch nicht abgeben. Die Entscheidung hängt davon ab, ob ein entsprechender Antrag von der Heidelberger Fakultät gestellt werden wird; und ob nicht dringlichere Forderungen vorgehen. Wenn der Berichtstatter gemeint hat, schon jetzt sei Gelegenheit gegeben zur Errichtung einer solchen neuen Klinik, da das Gebäude der Ohrenklinik frei werde, so muß ich erwidern, daß über dieses Gebäude bereits eine andere Verfügung getroffen bzw. beabsichtigt ist.

902.

Regierung
Allgemeinheit
das vierte
festgeberische
weist, da sie
lern erhalte.
it 298 gegen
Mission unter
von sechs
500 Francs
von zwei bis
in Mission
Abstimmung
nungen er.

Kammer, die
hs Jahre zu
ihre Partei-
sozialistische
Es sei nun
zu nichte zu
lichtung auf-
fährige Man-
Die tonser-
Beschluss als
er zu fügen.
Belege keine
le und ver-
gerung eine
eine tiefere
den Regimes
ihren werde.
Beschluß, der
, noch dem
es für sicher,

des Ver-
im Jahre
orjare. Im
eg 1899 auf
Jahr brachte
wanderern,
ersonen auf
da die Zahl
Jahre her-
hat. Die-
der letzten
britische
Mutterland
betrug im
ist zu be-
nderungs-
mehrt hat,
irländische
bevorzugte
en Staa-
und etwa
en. Unter
theil der
1901 auf
eendigung
ung der
Aus die-
Jahre für
anziehungs-

März.
schalls
nerals
utreffende
Richtigstel-
sen. Das
in Vorsitz
konstanti-
die Quad
welche in
lust des
Festungs-
he, einem
b). Di-
rstand des
u, wurde
berannt.

Hinsichtlich des Lehrstuhls für Landwirtschaftslehre in Heidelberg ist es richtig, daß der jetzige Zustand nur ein Provisorium darstellt. Ob es gelingen wird, diesen Lehrstuhl in Zukunft wieder mit einem ordentlichen Professor zu besetzen, ist heute noch nicht zu sagen. Das ist vor allem eine finanzielle Frage, an die mit großer Vorsicht heranzutreten werden muß.

Der Herr Abg. Obkircher hat dann weiter mehrere Fragen an die Regierung gerichtet, und zwar zunächst über die Stellung der Regierung zu der sog. „Ausländer-Frage“ an unseren Hochschulen. Ich kann nur sagen, daß die Regierung mit dem Berichterstatter vollständig darin übereinstimmt, daß nicht kleinlich verfahren werden soll, daß wie bisher auch zukünftig den Ausländern die Thore unserer Hochschulen weit geöffnet bleiben sollen. Wenn andererseits Mißstände vorhanden sind, wenn vielleicht in einem Kolleg von besonderer Wichtigkeit die vordersten Plätze im Uebermaß von Ausländern belegt werden, dann wird die Regierung entsprechende Maßregeln treffen. An die Regierung sind irgendwelche Beschwerden nicht herangetragen. In Heidelberg ist in den „Nad. Nachrichten“, in Karlsruhe in einer Studentenversammlung die Frage behandelt worden. Der Rektor der Technischen Hochschule hat sich aber in einer öffentlichen Versammlung ausdrücklich dagegen ausgesprochen, daß eine Beschränkung der Ausländer stattfinden.

Die Regierung ist wie gesagt, gern bereit, vorhandene Mißstände zu beseitigen. In der Beantwortung der zweiten Frage über die Stellung der Regierung zu den neuen preussischen Vorschriften über die Vorbildung der Juristen ist die Regierung in einer nicht ganz leichten Lage, weil auch die Regierung noch nicht vollständig über den Inhalt jener Vorschriften orientiert ist. Soviele steht fest, daß das preussische Zwischenzeugniß eine Rückwirkung auch auf unsere Universitäten haben wird, daß auch bei uns dafür gesorgt werden muß, daß die Studenten die notwendigen Vorlesungen, exegetischen Uebungen u. werden hören können, um dieses Zeugniß zu erlangen. Es wird dafür Sorge getragen werden, daß alle diejenigen Vorlesungen, die für die norddeutschen Studenten vorgeschrieben sind, auch bei uns in geeigneter Weise gehalten werden. Es ist bis jetzt nicht beabsichtigt, auch unsererseits das Zwischenzeugniß einzuführen, so wünschenswerth es auch ist, auf den Fleiß und die Strebamkeit der jungen Juristen einzuwirken. Eher noch könnte man an die Einführung einer Zwischenprüfung wie in Bayern denken. Wir haben aber zunächst nicht die Absicht, andere Maßregeln als die vorhin angedeuteten zu ergreifen. — Die „Freizügigkeit“ wird in jeder Richtung gewahrt bleiben. Unsere Universitäten werden genau ebenso behandelt werden von der preussischen Unterrichtsverwaltung wie die preussischen.

Der Herr Berichterstatter hat dann weiter dem verstorbenen Freiburger Gelehrten Kraus, dessen Heimgang auch von der Regierung lebhaft bedauert wird, einen Nachruf gewidmet und daran mehrere Fragen über eine testamentarische Stiftung desselben geknüpft. Die Regierung kann darüber keine Auskunft geben, da sich diese Sache noch nicht einmal im Stadium der Vorbereitung befindet. Nur eines kann ich schon sagen, daß das Vermögen nicht so erheblich ist, daß damit in nächster Zeit schon ein Lehrstuhl errichtet werden könnte. Die Regierung wird nach bestem Wissen versuchen, den Willen des Testators auszuführen.

Der Herr Berichterstatter hat es weiter auffallend gefunden, daß bei Abfassung der Denkschrift über das Irrenwesen unsere Universitätskliniken nicht zugezogen worden sind. Das Ministerium des Innern ist unsererseits darauf alsbald aufmerksam gemacht worden.

Ich möchte aber doch dem Herrn Berichterstatter, der diese Thatsache in ihrer Bedeutung offenbar überschätzt, erwidern, daß es sich bei dieser Denkschrift lediglich um ein Gutachten der Direktoren der drei Landesirrenanstalten handelt, das in keiner Weise für die Regierung bindend ist. Eine positive Maßregel kann übrigens vom Ministerium des Innern allein nicht getroffen werden. Ich kann nur erklären, daß die Regierung alles thun wird, um die Interessen der Universitätskliniken in jeder Richtung zu wahren. Es wird insbesondere versucht werden müssen, für die Universitätskliniken freie Aufnahme von Kranken zu erwirken, wie es schon jetzt in den meisten andern Staaten der Fall ist. Von einem Unterschied der Vorschriften über die fürsorgliche Aufnahme von Irren in Heidelberg und Freiburg ist der Regierung nichts bekannt.

Es ist nicht ganz leicht, die Interessen der Universitätskliniken und der Irrenanstalten, die in vielen Punkten divergiren, auszugleichen: Die Kliniken haben das Bestreben, möglichst viele Kranke auf kurze Zeit zu erhalten, die Irrenanstalten dagegen wehren sich dagegen, fortgesetzte Kranke aus den Kliniken abgeschoben zu bekommen. Ich hoffe aber, daß ein Ausgleich der beiderseitigen Interessen möglich sein wird.

Abg. Fehrenbach: Es ist zu begrüßen, daß der Herr Unterrichtsminister den Universitäten dieselbe Aufmerksamkeit zukommen beabsichtigt, wie sein Amtsvorgänger. Der Studienmeister der Studenten hat sich ja — wir alle begrüßen dies mit großer Genugthuung — in letzter Zeit bedeutend gebessert, was insbesondere wohl dem eifrigen Seminarbetrieb zuzuschreiben ist. Mit besonderer Freude begrüßen wir auch, daß die hohe Frequenz der Technischen Hochschule ein weiterer Beweis dafür ist, daß diese beiden andern Hochschulen als gleichberechtigt an die Seite tritt. Aus diesem Anlaß will ich unterlassen, auf das unliebsame Vorkommniß hinzuweisen, daß das Ansehen eines hochverdienten deutschen Gelehrten in einer Sprache angegriffen wurde, die gepöbelt war mit unqualifizierbarem Ausfällen. Es ist auf's äußerste zu bedauern, daß bei im Kolleg eine Sprache Platz gegriffen hat, die von der Gasse genommen ist. Die „Lehrfreiheit“ veranlaßt mich dies auch als „Schimpffreiheit“ hinzunehmen; doch ist zu hoffen, daß im Laufe der Zeit solche Auswüchse von selbst sich beseitigen. — Auch eine andere Angelegenheit reizt mich nicht zu weiteren Betrachtungen; ich glaube, daß die Fachzeitschriften und Tageszeitungen schon begreiflich gemacht haben, daß ein inhaltloses Schlagwort nicht zielen kann.

Ich kann nicht unterlassen, meiner Genugthuung darüber Ausdruck zu geben, daß in Freiburg ein philosophischer Lehrstuhl aus der theologischen Fakultät in philosophische verlegt wird. Dieser Uebergang bewirkt einen langen, unliebsamen Kampf zu unserer großen Befriedigung.

Der Herr Berichterstatter hat auch eines kürzlich heimgegangenen Gelehrten, des Freiburger Professors Franz Xaver Kraus, gedacht. Ich weiß nicht, ob dies der Uebung dieses Hauses entspricht, ich stehe aber nicht an, auch hier diesem erfolgreichen Lehrer, Gelehrten und Schriftsteller Worte der Anerkennung zu zollen. Kraus hat sich auch in den Streit der Tagesmeinung eingemischt, und es wurde ihm das Loos aller Derer zutheil, die sich von diesem Streite nicht fernhalten. Sein Charakterbild auf dieser Seite steht noch nicht fest und es liegt mir fern, darum mich in Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Berichterstatters zu setzen: wenn auch seine Meinung über Tagesfragen anfechtbar ist, so steht doch fest, daß er als katholischer Forscher für die der katholischen Wissenschaft

nabestehenden Disziplinen die fruchtbarste Thätigkeit entfaltet hat. Ich stehe auch nicht an, in den Dank für seine Stiftung zu Gunsten der Freiburger Universität einzustimmen. Und wenn Kraus bestimmte, daß ein Mitglied eines bei ihm nicht sehr beliebten Ordens diesen Lehrstuhl nicht erhalten dürfe, so war das seine Sache. Ein anderes Bedenken gegen dieses Testament, das mir als das am wenigsten gerechtfertigte erscheint, ist der Herr Berichterstatter vielleicht in der Lage, in den ihm nahe stehenden Kreise zu zerstreuen, ich meine das Bedenken gegen die Bestimmung, daß ein katholischer Priester diesen Lehrstuhl innehaben solle, und daß, wenn eine theologische Fakultät einmal nicht mehr bestehen sollte, dennoch ein katholischer Priester in der philosophischen Fakultät weiterhin Inhaber dieses Lehrstuhles sein solle. Ich hoffe, daß die Großh. Regierung, wenn jemals diese Bedenken auf werden sollten, ihnen keinerlei Bedeutung beimessen wird.

Der Herr Berichterstatter hat weiter rühmend hervorgehoben, daß die Wissenschaft einen volksthümlichen Charakter angenommen hat. In kaufmännischen Vereinen, in den Arbeiterorganisationen und anderswo werden volksthümliche Vortragskurse abgehalten mit allerbesten Wirkung. Die hohe Zahl der Teilnehmer (in Freiburg jährlich 900) beweist das vorhandene Bildungsbedürfnis der großen Masse, und es gereicht den Dozenten zur höchsten Ehre, daß sie so in vollständig unheimlicher Weise sich in den Dienst der Masse der Bevölkerung gestellt haben. Ich glaube, es ist durchaus am Platze, auch hier den betreffenden Herren ein warmes Wort der Anerkennung zu widmen.

Uebergend auf die Frage der juristischen Prüfungsordnung betont Redner: Ich glaube, daß die Schmerzen, die jetzt in Preußen die interessirten Kreise berühren, bei uns nicht vorhanden sind. Ich glaube, daß bei uns die Zulassung zum juristischen Studium in durchaus zweckmäßiger Weise geregelt ist, auch unsere Prüfungsordnung ist, abgesehen von einigen Mängeln, als eine durchaus glückliche zu bezeichnen. Unser System der Klausurarbeiten verdient vor der preussischen „wissenschaftlichen Arbeit“, die sich nicht bewährt hat, entschieden den Vorzug. Ich halte auch den Gedanken eines Zwischenzeugnisses nicht für glücklich. Das Bestreben, auf den Fleiß der Studierenden auch in den ersten Semestern fördernd einzuwirken, ist ja durchaus berechtigt; um dieses Ziel zu erreichen, wird man aber am besten unseren bewährten Seminarbetrieb beibehalten und weiter ausbauen. Dem Zwischenzeugnis werden wir aber unsere Aufmerksamkeit zuwenden, um den bei uns studirenden Preußen Gelegenheit zu geben, auch hier dieses Zwischenzeugnis zu erlangen. Ich hoffe aber, daß sich die preussische Regierung angeichts der vielen Stimmen, die sich darnend dagegen erhoben haben, immer noch besinnen wird, ehe sie das Zwischenzeugnis einführt.

Der Herr Berichterstatter hat schon beanstandet, daß das Ministerium des Innern Erhebungen veranstaltete ohne Heranziehung des Unterrichtsministeriums. Es handelt sich um das Hebammen- und Irrenwesen. Das Hebammenwesen untersteht wohl dem Ressort des Ministeriums des Innern, während die Hebammenschulen an den Universitäts-Frauenkliniken das Unterrichtsministerium tangiren. Auch das Irrenwesen untersteht dem Ministerium des Innern, während die Irrenkliniken ins Ressort des Unterrichtsministerium fallen. Da ist es sehr befremdend, daß Erhebungen und Einstellungen ins Budget vorgenommen wurden, ohne daß man dem Unterrichtsministerium, beziehungsweise den Universitätskliniken genügende Gelegenheit zur Aeußerung gab. Die Frage des Hebammenwesens wird man ja besser bei anderer Gelegenheit behandeln, aber für die Besprechung des

Irrenwesens ist hier der geeignete Platz. Die Psychiatrie ist zum obligatorischen Lehrgegenstand geworden, sie beansprucht bei der Prüfung eine besondere Station, und ihre Bedeutung wird in Zukunft immer mehr steigen. Da ist es kaum angängig, die Aufnahmefähigkeit der Universitätskliniken durch Verkleinerung ihrer Aufnahmebezirke zu beschränken. Weiterhin müßte man eine bessere Verbindung zwischen Aufnahme- und Pflegenanstalten anstreben, die unheilbaren Kranken müßten auch rascher aus den Aufnahme- in die Pflegenanstalten abgeschoben werden. Wenn es sich also nun darum handelt, eine zweite Pflegenanstalt zu errichten, so wird diese in ebenso nahe Beziehung zur Universität Heidelberg treten müssen, wie Empfehlungen zu Freiburg steht. Das Bedürfnis nach Errichtung von Nervenheilanstalten und Trinkerasylen ist nicht so dringend; wenn man aber einmal an die Errichtung solcher Anstalten herantritt, so wird man sie in unmittelbare Nähe der Universitäten stellen müssen. — In der vorläufigen Unterbringung von Geisteskranken besteht thatsächlich ein großer Mißstand. In Freiburg nehmen die Klagen des klinischen Hospitals hierüber kein Ende, an den inneren Kliniken sind eben gar keine Anstalten getroffen zur Aufnahme solcher Kranker. Wenn in Heidelberg keine solchen Klagen laut wurden, so scheint eben das Bezirksamt Heidelberg die ihm durch § 4 der Verordnung vom 4. Oktober 1895 gegebene Befugnis einer Anordnung der fürsorglichen Aufnahme Geisteskranker in Irrenanstalten anders zu handhaben als das Bezirksamt Freiburg.

Die Aussicht auf Errichtung einer außerordentlichen Professur für Laryngologie an der Universität Heidelberg ist sehr befriedigend. Nicht befriedigt hat mich aber die Erklärung der Großh. Regierung, betreffend die Errichtung einer stationären Klinik und die Abhängigkeit der Regierung von der Willensmeinung der medizinischen Fakultät in Heidelberg. Auch hier ist eine weitere Spezialisierung der medizinischen Wissenschaft wünschenswerth, und wenn die Errichtung einer solchen Klinik im Interesse der Kranken und der Wissenschaft liegt, so müssen wir dies thun ohne, selbst gegen den Willen der medizinischen Fakultät, zumal da die Kosten der Errichtung einer solchen neuen Anstalt nur sehr gering sind.

Was die Gehälter der Professoren anlangt, bin ich der Ansicht, daß der Gleichstellung beider Universitäten auch eine gleichheitliche Behandlung der Professorengehälter entsprechen muß, insbesondere in dem Sinne einer gleichheitlichen, allmählich ansteigenden Aufbesserung.

Zum Schlusse muß ich nochmals betonen: was wir für die höheren Unterrichtsanstalten thun, ist kein hinausgeworfenes Geld; und wir dürfen überzeugt sein, daß der Dank des ganzen Landes, und nicht allein der Universitätsstädte, der Regierung und der Kammer für solche reichliche Bewilligungen sicher ist.

Hg. Fischer geht ein auf den Wunsch der Assistenten der verschiedenen Universitätskliniken um Gehaltsaufbesserung. Die jüngeren dieser Herren beziehen neben freier Station 600 M. jährlich; die älteren, verheiratheten aber beziehen einen Gehalt von 1200 Mark und müssen oft jahrzehntelang auf einen Ruf warten. Eine Privatpraxis können sie kaum ausüben, dies wird auch sehr oft nur ungern gesehen. Die Bitte um Besserstellung dieser Herren ist wohl gerechtfertigt.

Hg. Dr. Goldschmit: Für die heurige Budgetperiode ist die Finanzlage nicht so günstig wie in der letzten Periode, aber auch jetzt werden erhebliche Summen flüssig gemacht für die Bedürfnisse der Landeshochschulen. Während im Jahre 1852 die Aufwendungen für die Univer-

902.

Regierung
Allgemeinheit
nd das vierte
stiegeberische
Früht, da sie
klern erhalte.
mit 298 gegen
mission unter-
n von sechs
500 Francs
von zwei bis
mission
Abstimmung
mungs er.

Kammer, die
chs Jahre zu
hre Parier-
logalische
Es sei nun
zu nichte zu
sichtigung auf-
jährige Man-
Die konse-
Beschluss als
ter zu fügen.
Welche keine
ale und repu-
gerung eine
e eine tiefere
schen Regimes
ühren werde.
Beschluss, der
e, noch dem
es für sicher,

en des Vere-
e im Jahre
vorjahre. Im
leg 1899 auf
Jahr brachte
smanderern,
Personen auf
da die Zahl
Jahre neu
hat. Die-
der letzten
britische
Mutterland
betrug im
ist zu be-
änderungs-
mehr hat,
irländische
bevorzugte
en Staa-
r und etwa
en. Unter
antheil der
1901 auf
beendigung
lung der
Aus die-
Jahre für
anziehungs-

7. März.
rschalls
enerals
zutreffende
Nichtigstel-
fen. Das
em Vorsitz
Konstanti-
wie Quad
welche in
rult des
festungs-
sje, einem
d). Di-
erstand des
m, wurde
verbannt.

fitäten im ordentlichen Etat 425 000 M. betragen, sind heute 3 946 000 M. angefordert, d. h. es haben sich die Aufwendungen mehr als verneunfacht, und man kann sagen, daß diese steigende Fürsorge für die Hochschulen ein Ruhmesblatt im Ruhmesstranz der Regierung und unseres Großherzogs ist, und zwar nicht das geringste. Mit ganz besonderer Genugthuung kann ich konstatieren, daß die Technische Hochschule in der Frequenz die beiden Landesuniversitäten sogar überflügelt hat, was ein erfreuliches Bild gibt für den Aufschwung und die stets steigende Werthschätzung, deren sich die Technik im allgemeinen und unsere Hochschule im besonderen zu erfreuen hat. Für die Erhaltung der Hochschulen ist und war es stets von größter Bedeutung, daß wir hier keine Centralisirung haben, daß insbesondere ein Austausch der Lehrkräfte stattfindet, und daß man sich bei Auswahl der Lehrkräfte nicht engherzig an die Landesgrenzen hält. Und wenn sich hierbei immerhin auch Mißstände eingestellt haben, so darf man doch überzeugt sein, daß der edle Wettstreit der einzelnen Staaten eine Garantie bietet für ihre Ausgleicung und Ueberwindung.

Ich begrüße es auch, daß man von der hohen Warte herabgestiegen ist und durch Einrichtung von Volkstursen die Wissenschaft auch der breiten Volksmasse zugänglich zu machen sich bestrebt. So anerkennenswerth und loblich auch dieses Streben auf der einen Seite ist, so darf man aber hierin doch nicht zu weit gehen: Diese Volksturse tragen vielleicht eine Gefahr der Verflachung der wissenschaftlichen Arbeit in sich, und auf der andern Seite kann man auch nicht aller Welt akademische Bildung beibringen. — Unsere Unterrichtsverwaltung kann ich nur dazu beglückwünschen, daß es ihr gelungen ist, eine hervorragende Kraft für den alten Heidelberger Lehrstuhl zu gewinnen, den schon so viele berühmte Gelehrte innehaten. Aus diesem Anlaß muß ich auch betonen, daß mich der Vorwurf, der in einigen Tageszeitungen erhoben wurde, äußerst befremdete, die Unterrichtsverwaltung hätte bei der Besetzung einer Lehrstelle an der Technischen Hochschule sich zuerst an die Landesfinder wenden müssen. Selbstverständlich sollen Landesfinder bei gleichwerthigen wissenschaftlichen Leistungen vor Fremden bevorzugt werden, aber weitergehend sollen sie keinen Vorzug genießen. — Was die vielgerühmte Freizügigkeit anlangt, halte ich es für ein *nobile officium*, daß unsere Hochschulen den Studirenden aller Länder geöffnet sein sollen, wo aber sich Mißstände zeigen sollten, da hat ja das Ministerium schon Abhilfe versprochen, und wenn die Ausländer es je vergessen sollten, daß sie bei uns doch nur Gäste sind, dann darf man die Repressalien nicht der Jugend überlassen, dann muß vielmehr die Unterrichtsverwaltung die Angelegenheit kraftvoll in die Hand nehmen. Der Herr Minister hat ja schon andeutungsweise die hier eventuell einzuschlagenden Wege bezeichnet.

Ich halte es nicht für gut, wenn der Lehrer in den Vorlesungen gar zu sehr seine subjektive Anschauung hervortreten läßt, insbesondere müssen politische und religiöse Ansichten zurückgedrängt werden. — Des Weiteren widmet Redner seine Aufmerksamkeit den Angriffen, die gegen den verdienstvollen Professor Schulte gerichtet wurden, die er nicht begreifen zu können erklärt. Ob Schulte, so fährt Redner fort, dem Centrum angehört, weiß ich nicht, das ist aber auch ganz gleichgiltig für die Beurtheilung seiner wissenschaftlichen Arbeit. Insbesondere kann ich die gegen seinen „*Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden*“ gerichteten Angriffe nicht billigen. Ich erachte das für ein sehr verdienstvolles Werk. Ich verweise übrigens auf eine Kritik, die in einer dem Centrum durchaus fernstehenden Zeitschrift erschienen ist, von der meine Auffassung getheilt wird.

Ueber die Bedeutung der Technik für das gesammte wirtschaftliche Leben unseres Volkes sind wir alle einig; trotzdem hört man leider immer noch, daß dem Techniker nicht die gesellschaftliche Stellung eingeräumt wird, die er verlangen kann. Es liegt mir eine Schrift vor, die aus den Kreisen der Technischen Hochschule in Charlottenburg hervorgeht, die dieselbe Ansicht ausdrückt. Immerhin sollte man sich bemühen, den allgemein bildenden Gegenständen an den technischen Hochschulen einen größeren Raum anzuweisen, als bisher geschehen ist. Das würde zweifellos mit dazu beitragen, den Technikern die ihnen gebührende soziale Stellung zu erringen. Auch Geh. Rath Dr. Engler wies vor zwei Jahren im andern Hause auf den Werth hin, den eine Vertiefung der allgemeinen Bildung haben werde für die den Technikern gewordene Vorbildung, deren eigentliche Ausbildung doch der Hochschule vorbehalten bleibt; die Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen können ja doch nur in die Grundzüge der in Frage kommenden Fächer einführen. Wenn ich nun einige Mittel nenne, die zu einer Hebung dieser Mißstände führen könnten, so wird man sie vielleicht als kleinlich bezeichnen, immerhin aber scheint es mir nicht ohne Werth zu sein, darauf hinzuweisen. So werden z. B. die allgemein bildenden Vorlesungen an unserer Hochschule immer auf die Zeit nach 5 Uhr des Nachmittags verlegt, auf eine Zeit, zu der die Studirenden nach des Tages Arbeit nicht mehr sehr geneigt sind, Kollegien mit Aufmerksamkeit anzuhören. Vielleicht würde auch die Einführung von Prüfungen in den Fächern allgemeinbildenden Charakters das Ihrige zur Hebung der Mißstände beitragen. Um die Vernachlässigung dieser zur allgemeinen Bildung gehörenden Gegenstände zu erklären und zu begründen, weist man darauf hin, die Technik habe sich im Verlauf der Zeit so reich entwickelt, daß zu ihrem Studium die ganze Zeit des Studirenden erforderlich sei. Dem muß man aber entgegenhalten, daß genau dasselbe bei jeder Wissenschaft zutrifft, und daß man dort dennoch Zeit für diese Gegenstände zu erübrigen weiß. Es handelt sich in erster Reihe nicht darum, dem Studirenden eine große Summe von Kenntnissen zu vermitteln, sondern die Kenntnisse zu vertiefen und, wenn dann die Zeit für die Bewältigung des ganzen Stoffes nicht ausreicht, ihn dazu vorzubereiten, im ferneren Leben für sich weiter zu lernen. Wenn ich vorhin darauf hingewiesen habe, daß die in Frage stehenden Vorlesungen immer erst nach 5 Uhr abgehalten werden, so muß ich da auch noch betonen, daß auch die Sitzungen des großen Rathes der Hochschule um 5 Uhr stattfinden, so daß also die Lehrer der betreffenden Fächer entweder an der Vorlesung oder an der Theilnahme an diesen Sitzungen verhindert sind. Es erübrigt auch noch, zu betonen, daß den Vertretern dieser Fächer nicht immer Gleichberechtigung zuerkannt wird mit den technischen Lehrern. Ich glaube auch bemerken zu können, daß z. B. Nationalökonomie nicht mehr ganz im gleichen Umfang gelehrt wird wie früher; daraus ist es vielleicht mit zu erklären, daß der gegenwärtige Lehrer der Nationalökonomie es vorgezogen hat, einem Rufe an die Universität Marburg zu folgen.

Ich verhehle mir nicht, daß die Unterrichtsverwaltung nicht alles thun kann, ich richte aber an sie die dringende Bitte, soviel an ihr liegt, dafür zu sorgen, daß die Technik auf die gleiche geistige Höhe gerückt wird, wie sie die alten Wissenschaften einnehmen.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Staatsrath Frhr. v. Dusch: Ich möchte nur auf einige Punkte von allgemeiner Bedeutung eingehen und zunächst mit Genugthuung konstatieren, daß der Abg. Fehrenbach bei seiner scharfen Kritik über einen

Vorgang an der hiesigen Technischen Hochschule auch
 seinerseits erklärt hat, daß das kostbare Gut der Lehr-
 freiheit nicht angetastet werden dürfe. Es ist gewiß
 schwer, in einzelnen Fällen zu bestimmen, ob die Grenze
 dieser Freiheit überschritten worden ist. Ich will auf
 den konkreten Fall nicht näher eingehen, sondern nur
 auch meinerseits erklären, daß auch die Regierung es
 nur bedauern kann, wenn in Vorlesungen die berechtigten
 politischen und religiösen Gefühle anderer Denkender ge-
 kränkt werden. Aber die Regierung ist nicht in der
 Lage, wenn auch einmal hierin zu weit gegangen wird,
 dann alsbald mit der Dienstpolizei zu kommen und ich
 glaube auch im Sinne des Abg. Fehrenbach sagen zu
 können, daß auch im vorliegenden Fall Anlaß zu dis-
 ziplinarem Einschreiten nicht gegeben ist.

Auf das Gebiet der „voraussetzungslosen“ Wissen-
 schaft will ich nicht eingehen. Ich glaube aber, daß
 diese Frage gerade bei uns keine Rolle spielt, weil bei
 allen Besetzungen die Rechte der Fakultäten voll gewahrt
 worden sind.

Die volkshümlichen Vortragskurse an den Univer-
 sitäten sind auch nach meiner Auffassung freudig zu be-
 gegnen.

In der Frage der juristischen Vorbildung will ich
 nur einen Irrthum berichtigen, der sich offenbar einge-
 schlichen hat. Das Zwischenzeugniß soll nicht etwa von
 den juristischen Fakultäten, sondern von einer Central-
 stelle ausgestellt werden, der die Fakultäten die nöthigen
 Unterlagen liefern. Ich kann nur wiederholen, daß
 hierzu durchaus genügende und erfreuliche Erklärungen
 der preussischen Regierung vorliegen, wonach irgend
 welche Gefahr für die Freizügigkeit nicht besteht.

Redner geht dann noch kurz auf die Ausführungen
 des Vorredner über die Hebammenschulen und über das
 Jurenwesen ein, über das der Herr Referent noch
 spätere Auskunft geben werde. Die Regierung werde
 die Interessen der Irrenkliniken wahren.

Zu den Bemerkungen des Abg. Goldschmit über die
 Frage der Berufung eines Nationalökonom an die
 Technische Hochschule erklärt Redner: Ich glaube, daß
 die Regierung unmöglich in einer Berufungsangelegen-
 heit, die noch schwebt, Erklärungen abgeben kann. Ich
 glaube auch nicht, daß das hohe Haus darauf Anspruch
 macht. Nur die wissenschaftliche Bedeutung kann ent-
 scheidend sein, ein Landeskind kann nur bei vollständiger
 Mündigkeit den Vorzug erhalten.

Auf die Bemerkungen wegen der allgemein bil-
 denden Fächer an der hiesigen Hochschule wird eben-
 falls der Referent antworten. Es liegt meines Er-
 kennens in der Natur der Sache, daß die Fächer, die,
 z. B. Vorlesungen über Literatur, eine gewisse Er-
 hebung gegenüber dem technischen Studium bedeuten, in
 späteren Nachmittagsstunden gelesen werden.

Auf eine weitere Frage wegen der Assistenten an
 Hochschulinstituten wird der Referent erwidern.

Ministerialrath Dr. Böhm: Die Aufnahme von
 Irren in die beiden Universitätskliniken ist vollständig
 geregelt, sie beruht, wie schon der Herr Minister
 ausgeführt, auf der landesherrlichen Verordnung von
 1860.

Darnach ist die Aufnahme entweder eine
 definitive oder eine fürsorgliche. Die fürsorgliche Auf-
 nahme kann in dringenden Fällen auch auf An-
 trag des Bezirksamts erfolgen. Es ist mir nicht
 bekannt, ob das Bezirksamt Freiburg bei der Annahme
 Dringlichkeit etwa andere Grundsätze verfolgt, als
 das Bezirksamt in Heidelberg. Thatsächlich sind schon
 öfters darüber geführt worden, daß Geisteskrante oft
 längere Zeit in den dazu nicht eingerichteten Spitälern

verplegt werden müssen, bis sie in die Irrenkliniken auf-
 genommen werden. In den großen Krankenhäusern der
 Städte macht sich das besonders unangenehm fühlbar,
 aber auch von kleineren ländlichen Spitälern wurde schon
 darüber geklagt. Die chronische Ueberfüllung der Irrenkliniken
 trägt auch dazu bei, daß die Aufnahme der Geisteskranten
 sich nicht so rasch vollzieht, wie es wünschenswerth wäre.
 Anlangend das Aufnahmeverfahren schweben zur Zeit
 Verhandlungen mit dem Ministerium des Innern, die
 ein freieres Aufnahmeverfahren in gewissen Fällen er-
 möglichen sollen. Was das Ministerium thun kann, um
 die raschere Aufnahme Geisteskranker in die psychiatrische
 Klinik in Freiburg herbeizuführen, soll geschehen.

Die vom Abg. Fischer angeführten Zahlen über die
 Höhe der Bezüge der Assistenzärzte an den Kliniken
 sind richtig. Die Vergütungen sind allerdings nicht hoch.
 Aber man muß bedenken, daß die Assistenzärzte, wie die
 Assistenten an den andern Hochschulinstituten, in ihren
 Stellungen etwas lernen und sich auf ihren künftigen Be-
 ruf insbesondere auf die akademische Laufbahn vorbereiten
 wollen. Deshalb stellen sich die ihnen gewährten Ver-
 gütungen nicht eigentlich als Entlohnung ihrer Thätigkeit,
 sondern vielmehr als eine Art Wartgeld dar. Es versteht
 sich von selbst, daß der verheirathete Assistent, für den
 die freie Station wegfällt, und der dafür nur einen mäßi-
 gen Ersatz erhält, sich sehr viel schlechter stellt, als der
 unverheirathete. Aber im allgemeinen kann auch die
 Stellung eines Assistenten nicht als eine Lebensstellung
 betrachtet werden, die es ihm gestattet, eine Familie zu
 gründen. Die Regierung wird die Anregung prüfen und
 versuchen die Bezüge der Assistenzärzte in mäßiger
 Weise zu erhöhen.

Auf die Bemerkungen des Abg. Goldschmit über die
 Verlegung der Vorlesungen über allgemeine bildende
 Fächer an der Technischen Hochschule auf die Nachmittags-
 stunden nach 5 Uhr erwidere ich, daß das mit Rück-
 sicht auf den Stundenplan für die technischen Fächer
 nicht anders möglich ist. Es versteht sich wohl von selbst,
 daß die Vormittags- und früheren Nachmittagsstunden
 für den Unterricht in den Zeichensälen und den Labora-
 torien verwendet werden müssen. Im übrigen wird den
 allgemein bildenden Fächern an der Technischen Hochschule
 die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Es sind zahl-
 reiche Lehraufträge für solche Fächer erteilt und das
 Ministerium wird fortgesetzt bemüht sein, hier das Pro-
 gramm noch zu erweitern. Die volkswirtschaftlichen Fächer
 werden allerdings nicht in demselben Umfang gelesen wie
 an den Universitäten, insbesondere fehlt ein volkswirth-
 schaftliches Seminar, für das hier die Existenzbedingungen
 nicht vorhanden sind. Die Nationalökonomie ist als
 Wahlfach in die Prüfungsordnungen mehrerer technischer
 Abtheilungen aufgenommen. Der Besuch der Vor-
 lesungen über Nationalökonomie war insbesondere in
 den letzten Semestern ein sehr guter.

Abg. Dr. Wildens kann sich aus vollster Ueberzeugung
 den Worten der Anerkennung anschließen, die der Herr
 Berichterstatter und der Herr Minister heute für die
 unvergänglichen Verdienste seines Amtsvorgängers ge-
 funden hat, des Mannes, der 20 Jahre an der Spitze
 dieses Ministeriums gestanden hat. Ich kann nur
 hoffen und wünschen, daß auch der jetzige Minister
 das Unterrichtsweisen in die gleiche treue Obhut nehmen
 wird, wie dieser Mann. Sehr gefreut habe ich mich
 über die Erklärung des Herrn Ministers, daß er nicht
 dazu zu haben sei, die Lehrfreiheit an unseren Hochschulen
 irgendwie anzutasten. Die Bemerkungen des Abg. Fehren-
 bach hatten wohl auch nicht die Tendenz, etwa ein dis-
 ziplinäres Vorgehen gegen den betreffenden Lehrer an
 der Karlsruher Hochschule zu empfehlen. Ich habe den

902.

Regierung
Allgemeinheit
und das vierte
Stichtgeberrische

Früht, da sie
hieren erhalte.

mit 298 gegen

mission unter-
n von sechs
5 600 Francs
von zwei bis
mission
Abstimmung
mungs er-

r Kammer, die
sechs Jahre zu
ihre Partei-
s logistische
Es sei nun
zu nichte zu
sichtigung auf-
jährige Man-
Die konse-
Beschluss als
ler zu fügen.
Welche keine
ale und repu-
änderung eine
e eine tiefere
schen Regimes
führen werde.
Beschluss, der
e, noch dem
es für sicher,

en des Ver-
te im Jahre
Sorbahre. Im
rieg 1899 auf
Zahr brachte
swanderern,
Personen auf
da die Zahl
Zahre neu
n hat. Die-
der letzten
britische
Mutterland
betrug im
ist zu be-
änderungs-
ermehrt hat,
irländische
bevorzugte
en Staa-
r und etwa
en. Unter
antheil der
1901 auf
Beendigung
ekung der
Aus die-
n Jahre für
angiehungs-

7. März.

r sch alls
enerals
zutreffende
Nichtigstel-
fen. Das
em Vorsitz
(Konstanti-
wie Guad
welche in
erlust des
Festungs-
tje, einem
ed). Di-
rstand des
m, wurde
verbannt.

Abg. Fehrenbach nur dahin verstanden, daß er seiner Mißbilligung derartiger Äußerungen in einem Hörsaal Ausdruck geben wollte. Auch ich kann sie nur mißbilligen und dem beipflichten, was der Abg. Goldschmit darüber gesagt hat. Wenn diese Äußerungen wirklich so gefallen sind, wie sie die Tageszeitungen reproduzierten, so können sie nur auf's lebhafteste bedauert und der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß derartige Exzesse eigentlich immer an dem gesunden Sinn der akademischen Jugend scheitern müßten.

Die Frage der voraussetzungslosen Wissenschaft gibt in unserem Lande, wie schon der Herr Minister betont hat, keinen Grund zu Beschwerden und zu einer Besprechung in der heutigen Debatte. — In der Ausländerfrage auf unsern Hochschulen theile ich den Standpunkt des Herrn Berichterstatters. Gewisse Beschränkungen, wie sie der Herr Minister angedeutet hat, sind ja möglich. Zur Frage der Vorbildung der Juristen hat der Herr Minister insbesondere hinsichtlich des preussischen Zwischenzeugnisses beruhigende Erklärungen abgegeben. Wenn in dieser Beziehung an unsern Universitäten eine gewisse Beunruhigung Platz gegriffen hatte, so ist das auf einige Sätze der preussischen Regierungsbegründung zurückzuführen. Man hat offenbar geglaubt, daß von der preussischen Unterrichtsverwaltung die außerpreussischen deutschen Universitäten nicht alle als „gleichwertig“ anerkannt werden würden. Wenn aber von der preussischen Regierung befriedigende Erklärungen in dieser Richtung abgegeben worden sind, so können wir damit vorläufig zufrieden sein und die weitere Entwicklung abwarten.

Der Abg. Goldschmit hat die Verlegung der Stunden für die nationalökonomischen u. Vorlesungen an der hiesigen Hochschule auf die späten Nachmittagsstunden bemängelt. Ich kann mich den Ausführungen meines Freundes Goldschmit hier nicht anschließen. Ich würde es geradezu für einen Nachtheil halten, wenn z. B. die historischen Vorlesungen etwa Vormittags abgehalten würden. Das hat sich an manchen Universitäten, wo es der Fall war, nicht bewährt. Die Frequenz dieser Vorlesungen durch Studierende anderer Fakultäten würde darunter Noth leiden. — Nach meiner Wahrnehmung ist die Thätigkeit unserer Regierung in der Frage der Verlegungen an die Hochschulen eine besonders glückliche gewesen. — Ich kann bestätigen, daß über die Thatsache, daß in der Frage der Errichtung weiterer Irrenanstalten die Leiter unserer Irrenkliniken nicht gehört worden sind, in den beteiligten Universitätskreisen eine nicht unerhebliche Unzufriedenheit besteht. Diese Anstalten haben die Verpflichtung, Kranke aus einem großen Theil des Landes aufzunehmen und es ist in der That auffallend, daß die Vorstände der Irrenkliniken zu den Verhandlungen nicht zugezogen wurden. Aber die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen und ich möchte glauben, daß in ihrem weiteren Verlauf eine Zuziehung noch erfolgen wird. In Heidelberg ist besonders deswegen eine Beunruhigung entstanden, weil die Aufnahmebezirke für die Irrenkliniken verkleinert werden sollen. Deswegen hat mich die heutige Regierungserklärung besonders gefreut, weil nach ihr eine vollständig freie Aufnahmemöglichkeit geschaffen werden soll.

Die Handhabung der Vorschriften durch die betreffenden Bezirksämter mag eine verschiedene sein. Ich kann nur sagen, daß wir in Heidelberg in dieser Beziehung mit der Praxis des Bezirksamts zufrieden sind. Der Neubau der Universitätsbibliothek schreitet rasch vorwärts. Den Ankauf des Museumsgebäudes habe ich besonders deswegen sympathisch begrüßt, weil ich diesen Platz für einen geeigneten Bauplatz für ein neues Kollegiengebäude halte. Ueber kurz oder lang wird die

Regierung doch einmal an die Frage der Errichtung eines neuen Kollegiengebäudes herantreten müssen. Die neue Universitätsklinik geht ihrer Vollendung entgegen. Die Frage der Errichtung einer Klinik für Ohren- und Nasenkrankheiten hat bis jetzt noch keine Lösung gefunden. Es ist ein dringender Wunsch in Heidelberg, daß in Bälde, jedenfalls aber im nächsten Budget Mittel hierfür eingestellt werden. Ich glaube nicht, daß der medizinischen Fakultät in Heidelberg ein berechtigter Vorwurf wegen Nichtförderung dieses Projekts gemacht werden kann. Da die wissenschaftliche Tüchtigkeit des Vertreters dieses Faches außer Zweifel ist und in Freiburg eine solche Klinik bereits besteht, so möchte ich auch meinerseits die dringende Bitte an die Regierung richten, die Lösung dieser Frage nicht weiter zu verzögern. Erfreulich ist es immerhin, daß eine neue außerordentliche Professur für dieses Fach geschaffen wurde.

Zu begrüßen ist auch, daß der Linsenheilanstalt in Heidelberg ein Beitrag von 20 000 M. für Erweiterung der Anstalt zur Verfügung gestellt wird. Es ist das eine Anstalt, deren Förderung ich nur auf's wärmste empfehlen kann. Darüber, daß für ein Absonderungshaus eine entsprechende Summe im Nachtragsetat eingestellt werden soll, kann ich ebenfalls nur meine Befriedigung aussprechen. Eine gewisse Beunruhigung hat in Heidelberg die Wiederherstellung der abgebrannten Theile des Marstallgebäudes hervorgerufen, von dem man annahm, daß es niedergelegt werden sollte. Man befürchtet insbesonderen, daß der Plan der Errichtung eines archäologischen Instituts an dieser Stelle aufgegeben sei. Ich kann meinerseits die jetzige Wiederherstellung nur als ein Provisorium betrachten und wäre der Regierung dankbar, wenn sie eine Erklärung darüber abgeben wollte, ob sie die Richtigkeit meiner Anschauung zu bestätigen in der Lage ist. Ich setze voraus, daß jedenfalls aus dem jetzigen Provisorium kein Hinderniß für die Korrektur der Marstallstraße entsteht. Ich muß dann noch das Universitätsjubiläum in Heidelberg im August 1903 berühren. Auch diese Feier soll in würdigem Rahmen, wenn auch nicht im Umfang der Feier von 1886 stattfinden. Es ist mir aufgefallen, daß im vorliegenden Budget keine Summe hierfür enthalten ist, und ich möchte an die Großh. Regierung die Anfrage richten, ob etwa darauf gehofft werden kann, daß eine Beförderung hierfür im Nachtragsetat erfolgt.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Staatsrath Frhr. v. Dusch bemerkt, daß im Nachtragsetat eine Forderung von 30 000 M. für das Universitätsjubiläum in Heidelberg erscheinen werde. Bei Aufstellung des Budgets seien die Vorverhandlungen über die Gestaltung des Festes noch nicht abgeschlossen gewesen.

Abg. Zehner: Die laryngologische Klinik in Heidelberg hat sich seit ihrer Gründung im Jahre 1874 in erfreulicher Weise entwickelt. Seit 1875 wird sie auch von Studierenden besucht. Seit 1877 ist ihr Gründer Doyen an der Universität. Die Klinik ist noch immer Primärklinik; die nur Zuschüsse von der Regierung erhält (1899 2600 M.).

Der Besuch der Klinik ist ein sehr starker, die Zahl der Konsultationen beträgt jährlich 1800. Gleichwohl ist es bis jetzt nicht gelungen, diese Klinik in eine stationäre Klinik umzuwandeln, was dringend geboten erscheint.

Diese Thatsache wird als auffallend empfunden, besonders mit Rücksicht darauf, daß in Freiburg bereits

Univeritätsklinik besteht. Es handelt sich hier um zwei Fragen. Die persönliche Frage ist durch die Schaffung einer außerordentlichen Professur erledigt. Die sachliche Frage: Umwandlung der bisherigen ambulatorischen Klinik in eine stationäre Klinik, erscheint den Interessententreffen als eine unzulässige. Deswegen scheint es mir notwendig, daß hier vorgegangen wird. Die Erklärung des Herrn Unterrichtsministers auf dem letzten Landtag war viel hoffnungsvoller. Wenn der Unterrichtsminister auf die ablehnende Haltung der medizinischen Fakultät hinweist, so scheint mir der Grund hierfür in einem gewissen Interessengegensatz zwischen den älteren Kliniken und dieser aufstrebenden neuen Klinik zu liegen. Ich kann mich nur dem Wunsche des Hrn. Wilkens nach einer baldigen Lösung dieser Frage anschließen.

Ministerialrath Dr. Böhm: Ich freue mich, daß von allen Seiten das günstige Urtheil über den Vertreter der Laryngologie in Heidelberg getheilt wird, die Regierung schätzt diesen Gelehrten nicht minder hoch. Thatsächlich ist für die laryngologische ambulante Klinik schon Manches geschehen. Daß die Gründung einer stationären laryngologischen Klinik in diesem Budget nicht vorgesehen ist, beruht darauf, daß noch dringendere Bedürfnisse insbesondere auf dem Gebiete des akademischen Krankenhauses mit Rücksicht auf die Finanzlage nicht befriedigt werden konnten. Die Bedürfnisfrage läßt sich nur entscheiden im Benehmen mit der medizinischen Fakultät. Nasen- und Nasenkrankheiten, die der Behandlung in einer stationären Klinik bedürfen, können jetzt schon nach der Gestaltung des Falles in die medizinische oder die chirurgische Klinik aufgenommen und dort von dem Vertreter der Laryngologie behandelt werden. Auch zum Unterrichtszwecke ist dadurch durchaus genügt. Da die alte Ohrenklinik für einen andern Zweck vorbehalten werden muß und das andere früher für eine stationäre laryngologische Klinik als geeignet bezeichnete Haus jetzt zum andern Zwecke dient, könnte nur an einen Neubau gedacht werden, der aber in nahe Aussicht nicht gestellt werden kann. Im übrigen werden die vom Hohen Hause

gegebenen Anregungen Veranlassung bieten, die Angelegenheit nochmals sorgfältig zu prüfen.

Die jetzige Wiederherstellung des Marstallbaues in Heidelberg ist thatsächlich lediglich als eine provisorische anzusehen. Ein Definitivum jetzt schon herbeizuführen, war nicht möglich, weil die Verwendung des Baues mit der Verlegung der Zollniederlage zusammenhängt, die erst in 8-10 Jahren erfolgen wird. Irgend ein Bau für akademische Zwecke kann vor dieser Verlegung dort nicht erstellt werden. Einschneidende Maßnahmen — wie Niederlegung — waren auch nicht rathlich. Die kleineren Anbauten nach der Marstallstraße zu, die fallen müssen mit der Straßenkorrektur, werden auf 1. April beseitigt werden. Ich glaube, daß nach dem Dargelegten diese Frage keine Beunruhigung in der Heidelberger Bevölkerung hervorrufen wird. Jedermann wird froh sein, wenn das bisherige ruinenhafte Aussehen dieses Gebäudes beseitigt sein wird.

Hr. Fendrich: Ich kenne die Verhältnisse der laryngologischen Klinik in Heidelberg aus persönlicher Erfahrung. Insbesondere sind die Raumverhältnisse sehr schlecht; der Herr Regierungsvertreter hat die Verhältnisse wohl etwas zu rosig dargestellt. Dem hochverdienten Heidelberger Laryngologen muß es äußerst peinlich sein zu sehen, wie man seinem Freiburger Kollegen, der doch sein Schüler ist, eine Klinik anstandslos einrichtet, während er andauernd petitioniren muß. Das war wohl mit der Grund zu seinem Entschlusse, zurückzutreten, was doch einen sehr großen Verlust für die Universität Heidelberg bedeuten würde. Es hat keinen Sinn, so außerordentlich zu sparen bei Einrichtungen einer stationären Klinik, während sonst ja in Heidelberg zum Theil gar nicht gefahrt wird bei Einrichtungen, die dem Unterrichtszwecke gar nicht zu Gute kommen.

Hr. Dr. Goldschmit präzisirt in einer persönlichen Bemerkung seine Ausführungen über die Berufung der Hochschullehrer, bei der ausschließlich die Tüchtigkeit maßgebend sein müsse.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

902.

Regierung
Allgemeinheit
und das vierte
gesetzgeberische

Erst, da sie
Hern erhalte.

mit 298 gegen

mission unter
n von sechs
5 600 francs
von zwei bis
mission
Abstimmung
mungs er.

er Kammer, die
sechs Jahre zu
ihre Partei-
sozialistische
Es sei nun
zu nichte zu
sichtigung auf
jährliche Man-
Die konzer-
Beschluss als
ler zu fügen.
Welche keine
ale und repu-
tationierung eine
te eine tiefere
schen Regimes
führen werde.
Beschluss, der
te, noch dem
es für sicher,

en des Ver-
te im Jahre
Vorjahre. Im
Jahre 1899 auf
Jahr brachte
swanderern,
Personen auf
da die Zahl
Jahre neu
hat. Die-
der letzten
britische
Mutterland
betrug im
ist zu be-
wanderungs-
ermehrt hat,
irlandische
bevorzugte
en Staa-
r und etwa
ten. Unter
Anteil der
e 1901 auf
Beendigung
egung der
Aus die-
n Jahre für
anziehungs-

7. März.

r sch alls
enerals
zutreffende
Richtigstel-
ren. Das
dem Vorsitz
(Konstanti-
wie Fuad
welche in
erlust des
e Festungs-
ifize, einem
rd). Di-
orstand des
im, wurde
verbannt.

